

1958	Ausgegeben zu Bonn am 30. Dezember 1958	Nr. 30
Tag	Inhalt:	Seite
24. 12. 58	Gesetz über die Zweite Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit und über die Fünfte Zusatzvereinbarung über die Einbeziehung des Landes Berlin in das Allgemeine Abkommen nebst Briefen	755
27. 12. 58	Neunzehnte Verordnung über Zoltarifänderungen zur Durchführung des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl	769
13. 11. 58	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens Nr. 9 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Stellenvermittlung für Seeleute	770

Gesetz
über die Zweite Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich
über die Soziale Sicherheit
und
über die Fünfte Zusatzvereinbarung über die Einbeziehung des Landes Berlin
in das Allgemeine Abkommen
nebst Briefen.

Vom 24. Dezember 1958.

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Den folgenden in Paris am 18. Juni 1955 unterzeichneten Vereinbarungen und Briefen wird zugestimmt:

1. Zweite Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen,
2. Fünfte Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 über die Einbeziehung des Landes Berlin (Berlin-West) in das Allgemeine Abkommen,
3. Briefe über eine Änderung des deutschen Wortlautes des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie über eine Änderung der Zweiten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950,

4. Briefe über Änderungen des deutschen Wortlautes der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950.

Die Vereinbarungen und die Briefe werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz, das Gesetz über das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit nebst vier Zusatzvereinbarungen und drei Protokollen vom 18. Oktober 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 177) und das Gesetz über die Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit und über das Zusatzprotokoll zur Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen vom 10. April 1953 (Bundesgesetzbl. II S. 123) gelten auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieser Gesetze feststellt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt nicht im Saarland.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem die Zweite Ergänzungsvereinbarung, die Fünfte Zusatzvereinbarung und die Briefe jeweils in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel 5

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und der Bundesminister des Auswärtigen werden ermächtigt, den deutschen und französischen Wortlaut des deutsch-französischen Vertragswerkes über die Soziale Sicherheit in der nunmehr gültigen Fassung zu veröffentlichen.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn/Lörrach, den 24. Dezember 1958.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm

Für den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Lübke

Der Bundesminister des Auswärtigen
von Brentano

**Zweite Vereinbarung
zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich
über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950
sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen**

**Avenant n° 2
à la Convention Générale du 10 juillet 1950
entre la République Fédérale d'Allemagne et la France
sur la Sécurité Sociale
et aux Accords complémentaires N°s 1, 2 et 4 à cette Convention**

DIE UNTERZEICHNETEN VERTRETER DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK

HABEN VEREINBART, das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie die zugehörige Erste, Zweite und Vierte Zusatzvereinbarung wie folgt zu ergänzen und zu ändern:

LES REPRÉSENTANTS SOUSSIGNÉS DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

ONT CONVENU de compléter et modifier comme suit la Convention générale du 10 juillet 1950 entre la République Fédérale d'Allemagne et la France sur la Sécurité Sociale et ses Accords complémentaires N°s 1, 2 et 4:

Abschnitt I

Bestimmungen zur Anwendung des Baseler Schiedsspruches auf gewisse Versicherungszeiten

Artikel 1

Die Bestimmungen des Artikels 1 der Entscheidung des Rates des Völkerbundes vom 21. Juni 1921 (Baseler Schiedsspruch) gelten auch für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Abkommens, soweit nicht in den folgenden Artikeln 2 und 3 etwas anderes bestimmt ist.

Artikel 2

Die vor dem 1. Januar 1923 in der deutschen Rentenversicherung der Arbeiter oder der deutschen Rentenversicherung der Angestellten oder in den französischen Départements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle zurückgelegten Versicherungszeiten gelten als nach der Gesetzgebung des Landes zurückgelegt, in welchem der Versicherungsträger seinen Sitz hat, dem der Versicherte zuletzt vor diesem Tage angehört hat.

Personen, die vor dem 11. November 1918 aus der Versicherung ausgeschieden oder verstorben sind, gelten als in Deutschland oder in Frankreich versichert, je nachdem, ob sie bei ihrem Ausscheiden oder ihrem Tod in Deutschland oder in den in Absatz 1 genannten Départements ihren Wohnsitz hatten.

Artikel 3

Versicherungszeiten, die von Arbeitern in knappschaftlich versicherten Betrieben vor dem 1. Januar 1922 in der deutschen knappschaftlichen Rentenversicherung oder bei den Bergwerkskassen der französischen Départements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle zurückgelegt worden sind, gelten als nach der Gesetzgebung des Landes zurückgelegt, in welchem der Versicherungsträger seinen Sitz hat, dem der Versicherte zuletzt vor diesem Tage angehört hat.

Titre I^{er}

Dispositions portant application de la sentence arbitrale de Bâle à certaines périodes d'assurance

Article 1^{er}

Les dispositions de l'article 1^{er} de la décision du Conseil de la Société des Nations du 21 juin 1921 (Sentence arbitrale de Bâle) s'appliquent également à la période postérieure à la date de mise en vigueur de la Convention, pour autant que les articles 2 et 3 du présent Avenant n'en disposent pas autrement.

Article 2

1) Les périodes d'assurance accomplies antérieurement au 1^{er} janvier 1923, soit dans les départements français du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle, soit sous le régime d'assurance-pension des ouvriers ou d'assurance-pension des employés, sont considérées comme accomplies sous la législation du pays où se trouve le siège de l'organisme auquel l'assuré a été affilié en dernier lieu antérieurement à cette date.

2) Les personnes ayant cessé d'être affiliées au régime d'assurance, ou étant décédées, avant le 11 novembre 1918, sont considérées comme assurées en France ou en Allemagne, selon qu'elles étaient domiciliées, au moment de la cessation de leur affiliation ou de leur décès, soit dans l'un des départements visés à l'alinéa 1^{er}, soit en Allemagne.

Article 3

1) Les périodes d'assurance accomplies par les ouvriers antérieurement au 1^{er} janvier 1922 au service des entreprises minières affiliées soit aux caisses minières des départements français du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle, soit aux caisses allemandes d'assurance-pension des mineurs, sont considérées comme accomplies sous la législation du pays où se trouve le siège de l'organisme d'assurance auquel l'assuré a été affilié en dernier lieu antérieurement à cette date.

Versicherungszeiten, die von Angestellten in knappschaftlich versicherten Betrieben vor dem 1. Januar 1919 in der deutschen knappschaftlichen Rentenversicherung oder bei den Bergwerkskassen der französischen Départements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle zurückgelegt worden sind, gelten als nach der Gesetzgebung des Landes zurückgelegt, in welchem der Antragsteller am 1. Januar 1919 seinen Wohnsitz hatte.

Artikel 4

Bei der Anwendung der Artikel 2 und 3 werden auch die Zeiten der Erfüllung der Wehrpflicht sowie die Mobilmachungs- und Kriegsdienstzeiten in den kriegführenden Armeen als Versicherungszeiten berücksichtigt.

Artikel 5

Versicherungszeiten, die in den französischen Départements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle zwischen dem 1. Juli 1940 und dem 8. Mai 1945 zurückgelegt worden sind, werden vorbehaltlich der Regelung in Absatz 2 von den französischen Versicherungsträgern übernommen.

Die in Absatz 1 genannten Versicherungszeiten werden von den deutschen Versicherungsträgern übernommen, wenn der Versicherte vor diesen Zeiten

- a) zuletzt einer deutschen Rentenversicherung angehört hat oder
- b) weder einem deutschen noch einem französischen Versicherungsträger angehört hat und nach den in Absatz 1 genannten Zeiten zuerst nach deutschem Recht versichert gewesen ist.

Artikel 6

Versicherungszeiten, die zwischen dem 1. Juli 1940 und dem 8. Mai 1945 in den deutschen Rentenversicherungen von Versicherten zurückgelegt worden sind, die am 1. September 1939 in den französischen Départements Haut-Rhin, Bas-Rhin und Moselle ihren Wohnsitz hatten und nicht zu den in Artikel 1 Nr. 1 der Vierten Zusatzvereinbarung genannten Personen gehören, werden von den französischen Versicherungsträgern übernommen, wenn der Versicherte vor diesen Versicherungszeiten

- a) zuletzt in einem der oben genannten Départements versichert gewesen ist oder
- b) weder einem deutschen noch einem französischen Versicherungsträger angehört hat und nach den oben genannten Versicherungszeiten zuerst nach französischem Recht versichert gewesen ist.

Artikel 7

Abweichend von den Bestimmungen der Artikel 5 und 6 übernehmen die französischen Versicherungsträger nicht diejenigen Renten aus der deutschen Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung, die zwischen dem 1. Juli 1940 und dem 8. Mai 1945 solchen Versicherten bewilligt worden sind, die beim Eintritt des Versicherungsfalles die nach der deutschen Gesetzgebung vorgeschriebene normale Wartezeit nicht erfüllt hatten.

Artikel 8

Bei der Anwendung der Artikel 5 und 6 werden auch die Mobilmachungs- und Kriegsdienstzeiten in den kriegführenden Armeen vor dem 8. Mai 1945 als Versicherungszeiten berücksichtigt.

2) Les périodes d'assurance accomplies par les employés antérieurement au 1^{er} janvier 1919 au service des entreprises minières affiliées, soit aux caisses minières des départements français du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle, soit aux caisses allemandes d'assurances-pension des mineurs, sont considérées comme accomplies sous la législation du pays où le requérant était domicilié à la date du 1^{er} janvier 1919.

Article 4

Pour l'application des articles 2 et 3, sont considérées comme périodes d'assurance, les périodes de service militaire légal, les périodes de mobilisation et, en cas d'engagement volontaire, les périodes accomplies dans les armées belligérantes pendant la durée de la guerre.

Article 5

1) Les périodes d'assurance accomplies dans les départements du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle, au cours de la période du 1^{er} juillet 1940 au 8 mai 1945, sont prises en compte par les organismes d'assurance français sous réserve des dispositions de l'alinéa 2.

2) Les périodes d'assurance indiquées à l'alinéa 1^{er} sont prises en compte par les organismes d'assurance allemands:

- a) si, antérieurement à ces périodes, l'assuré a été affilié en dernier lieu au régime d'assurance-pension allemand;
- b) ou bien si, n'ayant été affilié, antérieurement à ces périodes, ni à un organisme d'assurance allemand, ni à un organisme d'assurance français, il a relevé en premier lieu de la législation allemande après celle visée à l'alinéa 1^{er}.

Article 6

Les périodes d'assurance accomplies entre le 1^{er} juillet 1940 et le 8 mai 1945, sous le régime d'assurance-pension allemand, par les assurés qui étaient domiciliés le 1^{er} septembre 1939 dans les départements français du Haut-Rhin, du Bas-Rhin et de la Moselle, et qui n'appartiennent pas à la catégorie des personnes visées par l'article 1^{er}, n° 1, de l'Accord complémentaire n° 4, sont prises en compte par les organismes d'assurance français si l'assuré:

- a) a été affilié en dernier lieu dans l'un des départements sus-nommés;
- b) ou si, sans avoir été affilié à un organisme allemand ou français, il a relevé en premier lieu, après les périodes d'assurance susvisées, de la législation française.

Article 7

Par dérogation aux dispositions des articles 5 et 6, les organismes français ne prennent pas en charge les pensions d'assurance allemandes (vieillesse, invalidité et survivants) attribuées entre le 1^{er} juillet 1940 et le 8 mai 1945 à des assurés qui, au moment de l'ouverture du droit à prestations, ne justifiaient pas de l'accomplissement du stage normal prévu par la législation allemande.

Article 8

Pour l'application des articles 5 et 6, il est tenu compte des périodes de mobilisation et, en cas d'engagement volontaire, des périodes accomplies dans les années belligérantes avant le 8 mai 1945.

Bei französischen Staatsangehörigen lassen die französischen Versicherungsträger jedoch diejenigen Zeiten freiwilligen Kriegsdienstes unberücksichtigt, die nicht in den alliierten Armeen zurückgelegt worden sind.

Artikel 9

Renten, die solchen Versicherten zustehen, auf die sich die vorhergehenden Artikel beziehen, werden auf Antrag nach diesen Artikeln sowie nach den Bestimmungen des Allgemeinen Abkommens und der Protokolle, Zusatz- und Ergänzungsvereinbarungen zu diesem Abkommen überprüft und neu festgestellt.

Wird der Antrag bei dem zuständigen Versicherungsträger innerhalb eines Jahres nach dem ersten Tag des Monats gestellt, der dem Austausch der Ratifikationsurkunden folgt, so wird die Rente mit Wirkung vom 1. Januar 1952 neu festgestellt, wenn der Rentenanspruch bereits vor Inkrafttreten dieser Vereinbarung bestanden hat, oder mit Wirkung von der Entstehung des Anspruchs ab, wenn dieser nach dem 1. Januar 1952 entstanden ist; Verjährungs- oder Ausschlussfristen können dem Berechtigten nicht entgegengehalten werden.

Wird der Antrag nach Ablauf eines Jahres nach dem ersten Tag des Monats gestellt, der dem Austausch der Ratifikationsurkunden folgt, so wird die Rente mit Wirkung von dem Zeitpunkt ab neu festgestellt, der sich nach der innerstaatlichen Gesetzgebung aus dem Zeitpunkt der Antragstellung ergibt.

Der Antrag kann statt von dem Berechtigten auch von den Versicherungsträgern gestellt werden. In diesem Falle gilt als Zeitpunkt der Antragstellung der Tag, an dem der Antrag demjenigen Versicherungsträger zugegangen ist, der die Rente zu gewähren hat.

Abschnitt II

Änderungen und Ergänzungen des Allgemeinen Abkommens sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung

KAPITEL 1

Änderungen und Ergänzungen des Allgemeinen Abkommens

Artikel 10

Der Artikel 1 und der Artikel 2 § 1 Nr. 1 des Allgemeinen Abkommens erhalten folgende Fassung:

„Artikel 1

§ 1

Die deutschen und die französischen gegen Entgelt beschäftigten Arbeitnehmer sowie die ihnen nach den in Artikel 2 dieses Abkommens bezeichneten Gesetzgebungen Gleichgestellten unterliegen jeweils den in Frankreich oder in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetzgebungen über Soziale Sicherheit. Sie genießen die Vorteile nach diesen Gesetzgebungen wie die Staatsangehörigen des betreffenden Landes, soweit nicht im § 2 dieses Artikels etwas anderes bestimmt ist.

§ 2

Die deutschen Staatsangehörigen, die mit ihren Kindern in Frankreich wohnen, erhalten die Familienleistungen nach der in Artikel 2 § 1 Nr. 2 Buchstabe d bezeichneten Gesetzgebung unter den gleichen Voraussetzungen wie französische Staatsangehörige.

Toutefois, en ce qui concerne les ressortissants, les organismes français ne prennent pas en compte les périodes d'engagement volontaire dans les armées lorsqu'elles n'ont pas été accomplies dans les armées alliées.

Article 9

Les pensions attribuées ou susceptibles d'être attribuées à des assurés visées aux articles précédents sont révisées et déterminées, sur demande, selon les règles établies par lesdits articles, ainsi que par la Convention générale, les protocoles, les accords complémentaires et les avenants qui l'ont complétée ou modifiée.

Pour les personnes dont le droit à pension est ouvert avant la mise en vigueur du présent titre, l'entrée en jouissance des pensions révisées est fixée au 1^{er} janvier 1952, ou à la date à laquelle le droit s'est ouvert si celui-ci s'est ouvert postérieurement au 1^{er} janvier 1952, lorsque la demande de révision sera présentée aux organismes compétents dans le délai d'un an à partir du premier du mois qui suivra l'échange des ratifications, sans qu'aucune prescription ou forclusion ne puisse être opposée aux intéressés.

Pour les demandes de révision qui seraient présentées après l'expiration d'un délai d'un an à partir du premier du mois qui suivra l'échange des ratifications, la date d'entrée en jouissance des pensions révisées sera fixée selon les législations nationales d'après la date de la demande de révision.

Les demandes de révisions peuvent être présentées par les organismes au lieu et place des intéressés. Dans ce cas, la date de la demande est la date à laquelle elle a été présentée à l'organisme débiteur de la pension.

Titre II

Dispositions modifiant et complétant la Convention Générale et les Accords complémentaires nos 1, 2 et 4

CHAPITRE 1^{er}

Dispositions modifiant et complétant la Convention Générale

Article 10

Les articles 1^{er} et 2, paragraphe 1^{er}, 2^o) de la Convention Générale sont abrogés et remplacés par les dispositions suivantes:

« Article 1^{er} —

Paragraphe 1^{er} —

Les travailleurs français ou allemands salariés ou assimilés aux salariés par les législations énumérées à l'article 2 de la présente Convention sont soumis respectivement aux législations de sécurité sociale applicables dans la République Fédérale d'Allemagne ou en France et en bénéficient dans les mêmes conditions que les ressortissants de chacun de ces pays. Ils bénéficient des avantages prévus dans ces législations dans les mêmes conditions que les ressortissants du pays intéressé, pour autant que le paragraphe 2 du présent article n'en dispose pas autrement.

Paragraphe 2 —

Les ressortissants allemands résidant avec leurs enfants en France, ont droit aux prestations familiales conformément à la législation visée à l'article 2, paragraphe 1^{er}, 2^o) d) dans les mêmes conditions que les ressortissants français.

1) Bundesgesetzbl. 1951 II S. 178: 1^o

2) Bundesgesetzbl. 1951 II S. 178: 2^o

Die französischen Staatsangehörigen, die mit ihren Kindern in der Bundesrepublik Deutschland wohnen, erhalten Kindergeld nach der in Artikel 2 § 1 Nr. 1 Buchstabe d bezeichneten Gesetzgebung unter den gleichen Voraussetzungen wie deutsche Staatsangehörige.

§ 3

Die in Frankreich wohnhaften deutschen Staatsangehörigen und die in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften französischen Staatsangehörigen sind zur freiwilligen Selbstversicherung nach den in Artikel 2 bezeichneten Gesetzgebungen unter den gleichen Voraussetzungen zugelassen wie die Staatsangehörigen des Landes, in dem sie wohnen.

Die deutschen und die französischen Staatsangehörigen, die im Gebiet eines der beiden vertragschließenden Länder wohnen und aus einer Versicherung des anderen Landes ausscheiden oder ausgeschieden sind, können sich in dem Land, in dem sie wohnen, freiwillig weiterversichern, und zwar unter den gleichen Voraussetzungen und innerhalb der gleichen Fristen wie Versicherte, die aus der in diesem Land geltenden Versicherung ausgeschieden sind; dabei werden gegebenenfalls die in beiden Ländern zurückgelegten Versicherungszeiten berücksichtigt. Ist nach den vorstehenden Bestimmungen die Weiterversicherung in der deutschen Rentenversicherung der Arbeiter oder der Rentenversicherung der Angestellten zulässig, so kann sie nur in demjenigen der beiden Versicherungszweige durchgeführt werden, welcher nach der Art der zuletzt in Frankreich während der Zugehörigkeit zur französischen Versicherung ausgeübten Beschäftigung zuständig gewesen wäre, wenn die Versicherungszeiten in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt worden wären.

Artikel 17a Absätze 2 und 3 gilt entsprechend.

Artikel 2

§ 1

Dieses Abkommen bezieht sich auf die folgenden Gesetzgebungen:

1. In der Bundesrepublik Deutschland:

Die Gesetzgebungen über:

- a) die Krankenversicherung (Versicherungen für den Fall der Krankheit, der Mutterschaft und des Todes — Sterbegeld);
- b) die Unfallversicherung (Versicherung gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten);
- c) die Rentenversicherung der Arbeiter, die Rentenversicherung der Angestellten und die knappschaftliche Rentenversicherung (Versicherungen für den Fall der Invalidität oder der Berufsunfähigkeit, des Alters und des Todes — Renten);
- d) das Kindergeld.*

Artikel 11

Nach Artikel 17 des Allgemeinen Abkommens werden folgende Bestimmungen eingefügt:

„Artikel 17a

Beitrags- und Ersatzzeiten, die in den französischen Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung

Les ressortissants français résidant avec leurs enfants dans la République Fédérale d'Allemagne ont droit aux allocations pour enfants (Kindergeld) conformément à la législation visée à l'article 2, paragraphe 1^{er}, 2^o 3) d) dans les mêmes conditions que les ressortissants allemands.

Paragraphe 3 —

1) Les ressortissants allemands résidant en France et les ressortissants français résidant dans la République Fédérale d'Allemagne sont admis à l'assurance volontaire prévue par les législations visées à l'article 2 dans les conditions prévues pour les ressortissants des pays où ils résident.

2) Les ressortissants français ou allemands qui résident sur le territoire de l'un des deux pays contractants et qui cessent ou ont cessé d'appartenir à un régime d'assurance de l'autre pays pourront s'affilier à l'assurance facultative continuée du pays dans lequel ils résident et ce, dans les mêmes conditions et délais que les assurés qui ont cessé d'appartenir à l'assurance de ce dernier pays. Le cas échéant, il est tenu compte des périodes d'assurance accomplies dans les deux pays. Lorsque les conditions précitées d'admission à l'assurance continuée dans l'assurance-pension allemande des ouvriers ou dans l'assurance-pension des employés sont remplies, cette admission ne peut intervenir qu'au titre du régime d'assurance auquel l'intéressé aurait été affilié en raison de l'activité exercée en dernier lieu en France durant l'assujettissement à l'assurance française si lesdites périodes d'assujettissement avaient été accomplies sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne.

Les dispositions des alinéas 2 et 3 de l'article 17a) sont applicables suivant le cas.

Article 2 —

Paragraphe 1^{er} —

2) 3) Dans la République Fédérale d'Allemagne:

Les législations sur:

- a) l'assurance maladie (assurance maladie, maternité, décès — indemnité funéraire);
- b) l'assurance accident (assurance contre les accidents du travail et les maladies professionnelles);
- c) l'assurance-pension des ouvriers, l'assurance-pension des employés et l'assurance-pension des mineurs (assurance invalidité ou incapacité professionnelle, vieillesse et décès, pension);
- d) l'allocation pour enfants (Kindergeld).»

Article 11

La Convention générale est complétée par les dispositions suivantes insérées après l'article 17:

« Article 17a) —

Les périodes d'assurance et les périodes assimilées accomplies dans le régime français d'assurance vieil-

3) Bundesgesetzbl. 1951 II S. 178: 1°

gen zurückgelegt worden sind, werden in dem Zweig der deutschen Rentenversicherung berücksichtigt, der nach der Art der zuletzt in Frankreich während der Zugehörigkeit zu den genannten französischen Versicherungen ausgeübten Beschäftigung zuständig gewesen wäre, wenn diese Versicherungszeiten in der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt worden wären. Wenn die zuletzt in Frankreich ausgeübte Beschäftigung nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland nicht versicherungspflichtig gewesen sein würde, werden die Versicherungszeiten in der Rentenversicherung der Angestellten berücksichtigt. Bei vorübergehender Dienstleistung, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland versicherungsfrei geblieben wäre, werden jedoch die französischen Versicherungszeiten in der Rentenversicherung der Arbeiter berücksichtigt, wenn diese bei nicht vorübergehender Dienstleistung nach der Art der Beschäftigung zuständig gewesen wäre.

Läßt sich die Art der zuletzt in Frankreich ausgeübten Beschäftigung nicht mehr feststellen, so werden die Versicherungszeiten in der Rentenversicherung der Arbeiter berücksichtigt.

Artikel 17b

Leistungen, die unter Berücksichtigung dieses Abkommens festzustellen oder zu gewähren sind, werden in der Bundesrepublik Deutschland von den zuständigen Verbindungsstellen festgestellt und gewährt, sofern nicht die Bundesbahnversicherungsanstalt oder die Seekasse zuständig ist.

Kapitel 4a

Zusammentreffen von Leistungen

Artikel 17c

§ 1

Die nach der Gesetzgebung des einen Landes gewährten Unfallrenten gelten bei Anwendung der Gesetzgebung des anderen Landes über die Invaliditäts-, Alters- und Hinterbliebenenversicherungen als Unfallrenten nach der Gesetzgebung dieses Landes.

§ 2

Treffen Renten der Invaliditäts-, Alters- oder Hinterbliebenenversicherungen des einen und des anderen Landes zusammen, so werden Kürzungs- oder Ruhensbestimmungen nur in folgenden Fällen angewandt:

1. Enthält die Gesetzgebung des einen Landes Bestimmungen über die Berücksichtigung des Einkommens, so gelten die Renten des anderen Landes als Einkommen.
2. Beruhen die Renten des einen Landes nicht auf Beiträgen, so gelten die Renten des anderen Landes bei Anwendung der Kürzungs- und Ruhensbestimmungen nach der Gesetzgebung des ersten Landes als Renten dieses Landes.
3. Für die nach der französischen Gesetzgebung zu gewährenden Zulagen an den Ehegatten, dem Unterhalt gewährt wird, gelten die Renten nach der deutschen Gesetzgebung als Renten nach der französischen Gesetzgebung.

lesse, invalidité et décès (pensions) sont prises en considération par le régime d'assurance allemand auquel aurait été affilié le travailleur en raison de son dernier emploi en France durant l'affiliation au régime français si lesdites périodes d'assurance avaient été accomplies dans la République Fédérale d'Allemagne. Lorsque la dernière activité exercée en France n'aurait pas entraîné l'assujettissement à l'assurance d'après la législation de la République Fédérale d'Allemagne, les périodes d'assurance correspondantes sont prises en considération suivant le régime allemand d'assurance des employés. Toutefois, lorsque l'intéressé a exercé une activité occasionnelle qui n'aurait pas été assujettie à l'assurance d'après la législation de la République Fédérale d'Allemagne, les périodes françaises sont prises en considération par le régime d'assurance des ouvriers, lorsque ce régime est compétent pour cette activité quand elle est exercée d'une manière permanente.

S'il n'est pas possible de caractériser le dernier emploi occupé en France, les périodes d'assurance sont prises en considération dans le régime allemand d'assurance des ouvriers.

Article 17b) —

Les prestations qui sont attribuées ou liquidées compte tenu des dispositions de la présente Convention, sont attribuées et liquidées dans la République Fédérale d'Allemagne par les organismes de liaison compétents à condition qu'elles ne relèvent pas de la compétence de l'organisme d'assurance des chemins de fer fédéraux ou de la Caisse Maritime.

Chapitre 4 bis —

Dispositions relatives au cumul de prestations

Article 17c)

Paragraphe 1^{er}

Les rentes d'accidents du travail allouées en vertu de la législation d'un pays sont considérées au regard de la législation de vieillesse, invalidité et survivants de l'autre pays comme des rentes d'accidents du travail allouées en vertu de la législation de ce dernier pays.

Paragraphe 2

Les pensions de vieillesse, invalidité et décès (pensions) allouées au titre des législations française et allemande se cumulent sous réserve des exceptions ci-après:

- 1) lorsque la législation de l'un des pays comporte une clause relative à la prise en considération des ressources, la pension de l'autre pays est assimilée à un revenu;
- 2) lorsque la pension de l'un des pays est non contributive, la pension de l'autre pays est considérée comme s'il s'agissait d'une pension du premier pays pour l'application des règles de cumul de la législation du premier pays;
- 3) pour l'attribution de la majoration pour conjoint à charge prévue par la législation française, la pension allemande est considérée comme s'il s'agissait d'une pension française.

KAPITEL 2

**Anderungen und Ergänzungen der Ersten, Zweiten
und Vierten Zusatzvereinbarung**

Artikel 12

Artikel 5 der Ersten Zusatzvereinbarung erhält folgende Fassung:

„Artikel 5

Die Leistungen für den Fall der Invalidität, des Alters und des Todes (Renten) werden nach den Bestimmungen der Kapitel 3, 4 und 4a im Abschnitt II des Allgemeinen Abkommens festgestellt und gewährt, wobei gegebenenfalls die Bestimmungen in Artikel 3 § 1 dieser Vereinbarung zu berücksichtigen sind.

Artikel 17a des Allgemeinen Abkommens gilt nicht für knappschaftliche Beitrags- und Ersatzzeiten, die nach den Bestimmungen dieser Vereinbarung berücksichtigt werden.“

Artikel 13

§ 1

Der Artikel 4 der Zweiten Zusatzvereinbarung erhält folgende Fassung:

„Artikel 4

Die von dem deutschen Versicherungsträger für den in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften Grenzgänger und seine Familienangehörigen übernommenen Aufwendungen werden von dem französischen Träger der Sozialen Sicherheit, dem der Grenzgänger angehört, in nachgewiesener Höhe oder durch Pauschbeträge erstattet, wobei die Sachleistungen in Rechnung zu stellen sind, die die in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften Grenzgänger und ihre Familienangehörigen unmittelbar von den französischen Trägern der Sozialen Sicherheit erhalten.“

§ 2

Der Artikel 5 der Zweiten Zusatzvereinbarung erhält folgende Fassung:

„Artikel 5

Die von den französischen Trägern der Sozialen Sicherheit für den in Frankreich wohnhaften Grenzgänger und seine Familienangehörigen übernommenen Aufwendungen werden von dem deutschen Versicherungsträger, dem der Grenzgänger angehört, in nachgewiesener Höhe oder durch Pauschbeträge erstattet, wobei die Sachleistungen in Rechnung zu stellen sind, die die in Frankreich wohnhaften Grenzgänger und ihre Familienangehörigen unmittelbar von den deutschen Versicherungsträgern erhalten.“

§ 3

Der Artikel 6 der Zweiten Zusatzvereinbarung erhält folgende Fassung:

„Artikel 6

Für die Durchführung der in den Artikeln 4 und 5 vorgesehenen Bestimmungen werden die in der Bundesrepublik Deutschland und in Frankreich zuständigen Verwaltungsbehörden eine Kommission einsetzen, die in der Regel halbjährlich zusammentritt, um nach den Ergebnissen der vorausgegangenen Vierteljahre

CHAPITRE 2

**Dispositions modifiant et complétant
les Accords complémentaires Nos 1, 2 et 4**

Article 12

L'article 5 de l'Accord complémentaire n° 1 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«Les prestations vieillesse, invalidité et décès (pensions) sont déterminées dans les conditions des chapitres 3, 4, et 4 bis du Titre II de la Convention générale, compte tenu, le cas échéant, des dispositions de l'article 3, paragraphe 1^{er} du présent accord.

L'article 17a) de la Convention générale n'est pas applicable aux périodes d'assurance minière et aux périodes assimilées, qui sont prises en considération dans les conditions du présent accord.»

Article 13

Paragraphe 1^{er}

L'article 4 de l'Accord complémentaire n° 2 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«Les dépenses engagées par l'organisme de sécurité social allemand pour le frontalier résidant dans la République Fédérale d'Allemagne et ses ayants-droit, font l'objet, de la part de l'organisme français de sécurité social auquel est affilié ce travailleur, d'un remboursement égal aux dépenses réelles justifiées ou d'un remboursement forfaitaire, compte tenu des prestations en nature que les frontaliers résidant dans la République Fédérale d'Allemagne et leurs ayants-droit perçoivent directement des organismes français de sécurité sociale.»

Paragraphe 2

L'article 5 de l'Accord complémentaire n° 2 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«Les dépenses engagées par l'organisme de sécurité sociale pour le frontalier résidant en France et ses ayants-droit font l'objet d'un remboursement égal aux dépenses réelles justifiées ou d'un remboursement forfaitaire de la part de l'organisme assureur allemand, compte tenu des prestations en nature que les frontaliers résidant en France et leurs ayants-droit perçoivent directement des organismes assureurs allemands.»

Paragraphe 3

L'article 6 de l'Accord complémentaire n° 2 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

«Pour l'application des dispositions prévues aux articles 4 et 5 ci-dessus, les autorités administratives compétentes en France et dans la République Fédérale d'Allemagne constitueront une commission qui se réunira en principe semestriellement pour établir, d'après les résultats des deux trimestres précédents, le mon-

die von den beteiligten Körperschaften geschuldeten Beträge in nachgewiesener Höhe oder durch Pauschbeträge festzusetzen. Kommt eine Einigung nicht zustande, unterbreitet die Kommission die Angelegenheit den zuständigen deutschen und französischen Verwaltungsbehörden.“

§ 4

Der Artikel 13 der Zweiten Zusatzvereinbarung erhält folgende Fassung:

„Artikel 13

Die in Frankreich beschäftigten und in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften Grenzgänger erhalten Familienbeihilfen auf Grund der in Artikel 2 § 1 Nr. 2 Buchstabe d bezeichneten Gesetzgebung nach einem zwischen den zuständigen Verwaltungsbehörden zu vereinbarenden Tarif.

Die in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten und in Frankreich wohnhaften Grenzgänger erhalten Kindergeld nach der in Artikel 2 § 1 Nr. 1 Buchstabe d bezeichneten Gesetzgebung.“

Artikel 14

Artikel 3 § 1 Absatz 1 der Vierten Zusatzvereinbarung wird durch folgenden Satz ergänzt:

„Ist eine dieser Personen vor dem 1. Januar 1951 in Frankreich gestorben, so gilt der Todestag als Tag der Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland.“

Abschnitt III

Sonstige Bestimmungen

Artikel 15

Das Sonderprotokoll vom 3. April 1952 über die Durchführung der Zweiten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 wird aufgehoben.

Artikel 16

Die Vereinbarung vom 3. April 1952 zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 erhält die Bezeichnung „Erste Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950“.

tant du remboursement réel ou forfaitaire dû par les organismes intéressés. Dans le cas où elle n'aboutirait pas à un accord, la commission soumet la question aux autorités administratives françaises et allemandes compétentes.»

Paragraphe 4

L'article 13 de l'Accord complémentaire n° 2 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

« Les travailleurs frontaliers travaillant en France et résidant dans la République Fédérale d'Allemagne, percevront les allocations familiales en application de la législation visée à l'article 2, paragraphe 1^{er}, 1^o) d), suivant un barème arrêté d'un commun accord par les autorités administratives compétentes.

Les travailleurs frontaliers travaillant dans la République Fédérale d'Allemagne et résidant en France percevront les allocations pour enfants (Kindergeld) en application de la législation visée à l'article 2, paragraphe 1^{er}, 2^o) d). »

Article 14

L'article 3, paragraphe 1^{er}, alinéa 1^{er}, de l'Accord complémentaire n° 4 est abrogé et remplacé par les dispositions suivantes:

« Par dérogation aux dispositions de la Convention Générale et des Accords complémentaires Nos 1 et 3, les ex-prisonniers de guerre allemands devenus travailleurs libres ainsi que les travailleurs civils allemands entrés en France après le 8 mai 1945, qui auront été occupés en France entre le 8 mai 1945 et le 30 juin 1950 et qui auront quitté la France avant le 1^{er} janvier 1951, reçoivent à partir de la date de leur retour dans la République Fédérale d'Allemagne, de la part des institutions de sécurité sociale allemandes, les prestations auxquelles ils auraient pu prétendre si la législation de sécurité sociale en vigueur dans la République Fédérale d'Allemagne leur avait été applicable pendant la période de leur travail en France.

Si l'une de ces personnes est décédée en France antérieurement au 1^{er} janvier 1951, la date du décès est considérée comme date de retour dans la République Fédérale d'Allemagne. »

Titre III

Dispositions diverses

Article 15

Le Protocole spécial concernant l'application de l'Accord complémentaire n° 2 du 3 avril 1952 relatif à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale est abrogé.

Article 16

L'avenant à la Convention Générale entre la France et la République Fédérale d'Allemagne du 10 juillet 1950 sur la Sécurité Sociale, signé le 3 avril 1952 est intitulé: Avenant n° 1.

4) Bundesgesetzbl. 1951 II S. 178: 2°

5) Bundesgesetzbl. 1951 II S. 178: 1°

Artikel 17

Diese Vereinbarung tritt am 1. Januar 1952 in Kraft, soweit nicht in Absatz 2 etwas anderes bestimmt ist.

Es treten jedoch in Kraft

- a) Artikel 13 §§ 1, 2 und 3 sowie Artikel 15 am 1. Januar 1955,
- b) Artikel 10, Artikel 13 § 4 und Artikel 16 am 1. Oktober 1955.

Artikel 18

Diese Vereinbarung soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

GESCHEHEN zu Paris am 18. Juni 1955 in doppelter Ausfertigung in deutscher und französischer Sprache, wobei der Wortlaut in beiden Sprachen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Maltzan
Dr. Jantz

Für die Regierung
der Französischen Republik
gezeichnet:
J. Serres
Jacques Doublet

Article 17

Le présent avenant entre en vigueur le 1^{er} janvier 1952 sous réserve des dispositions de l'alinéa 2 ci-dessous.

Entrent en vigueur:

- le 1^{er} janvier 1955 les dispositions de l'article 13, paragraphes 1, 2 et 3 et de l'article 15;
- le 1^{er} octobre 1955 les dispositions des articles 10 et 13, paragraphe 4, et de l'article 16.

Article 18

Le présent avenant sera ratifié et l'échange des instruments de ratification aura lieu à Bonn aussitôt que possible.

FAIT à Paris, le 18 juin 1955, en double exemplaire, en français et en allemand, chacun des textes faisant foi.

Pour le Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne
signé:
Maltzan
Dr. Jantz

Pour le Gouvernement
de la République Française
signé:
J. Serres
Jacques Doublet

**Fünfte Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich
über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950
über die Einbeziehung des Landes Berlin (Berlin-West)
in das Allgemeine Abkommen**

**Accord complémentaire n° 5
à la Convention Générale du 10 juillet 1950
entre la France et la République Fédérale d'Allemagne
sur la Sécurité Sociale
Application à Berlin-Ouest**

DIE UNTERZEICHNETEN VERTRETER DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK,

VON DEM WUNSCH GELEITET, das Land Berlin in das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 einzubeziehen,

HABEN FOLGENDE BESTIMMUNGEN VEREINBART:

Artikel 1

Das Allgemeine Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie die dazugehörigen Protokolle, Zusatz-, Ergänzungs- und Verwaltungsvereinbarungen gelten auch im Land Berlin, Bezugnahmen auf die Bundesrepublik Deutschland gelten auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

LES REPRÉSENTANTS SOUSSIGNÉS DES GOUVERNEMENTS DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE ET DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,

DÉSIREUX d'appliquer à Berlin-Ouest la Convention générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

Article 1^{er}

La Convention générale de Sécurité Sociale conclue le 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne, ainsi que les Protocoles, Avenants, Accords complémentaires et Arrangements administratifs y afférents sont également applicables à Berlin-Ouest. Toute disposition desdits Accords concernant la République Fédérale d'Allemagne s'applique également à Berlin-Ouest.

Artikel 2

Bei der Anwendung der im Artikel 1 genannten Verträge im Land Berlin treten zu den in Nummer 1 des Allgemeinen Protokolls bezeichneten Versicherungsträgern mit dem Sitz in der Bundesrepublik Deutschland folgende Versicherungsträger hinzu:

- a) in der Unfallversicherung
die für die Unfallversicherung im Land Berlin zuständigen Versicherungsträger;
- b) in den Rentenversicherungen

für die Zeit bis zum 30. Juni 1945
die Träger
der Rentenversicherung der Arbeiter (Invalidenversicherung),
der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherung)
und der knappschaftlichen Rentenversicherung;
für die Zeit vom 1. Juli 1945 bis zum 31. Januar 1949
die Versicherungsanstalt Berlin;

für die Zeit vom 1. Februar 1949 bis zum 31. März 1952
die Versicherungsanstalt Berlin (West);

für die Zeit nach dem 31. März 1952
aa) in der Rentenversicherung der Arbeiter (Invalidenversicherung)
die Landesversicherungsanstalt Berlin;

bb) in der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherung)
für die Zeit vom 1. April 1952 bis zum 31. Januar 1954
die Landesversicherungsanstalt Berlin,

nach dem 31. Januar 1954
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte;

cc) in der knappschaftlichen Rentenversicherung
die Ruhrknappschaft, Geschäftsstelle Berlin.

Artikel 3

Im Land Berlin zurückgelegte Versicherungszeiten der Rentenversicherungen im Sinne der Nummer 1 Unterabschnitt B Buchstaben b und c des Allgemeinen Protokolls sind

- bis zum 30. Juni 1945
Beitrags- und Ersatzzeiten, die in der Rentenversicherung der Arbeiter (Invalidenversicherung) oder der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherung) oder der knappschaftlichen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, sofern der Versicherte während dieser Zeit im Gebiet des heutigen Landes Berlin beschäftigt war oder bei freiwilliger Versicherung dort gewohnt hat;
- nach dem 30. Juni 1945
Beitrags- und Ersatzzeiten, die bei den im Artikel 2 Buchstabe b dieser Vereinbarung genannten Versicherungsträgern während der dort bezeichneten Zeiträume zurückgelegt worden sind.

Article 2

Pour l'application à Berlin-Ouest des accords précités, il y a lieu d'ajouter aux institutions de sécurité sociale ayant leur siège dans la République Fédérale, mentionnées au paragraphe 1 du Protocole général, les institutions désignées ci-après:

- a) — en ce qui concerne les accidents du travail:
les institutions compétentes pour Berlin-Ouest en matière d'assurance-accidents;
- b) — en ce qui concerne les pensions de vieillesse, d'invalidité et de décès (pensions):
Pour la période se terminant le 30 juin 1945, les organismes
d'assurance-pension des ouvriers (Invalidenversicherung),
d'assurance-pension des employés (Angestelltenversicherung)
et d'assurance-pension des mineurs;
pour la période s'étendant du 1^{er} juillet 1954 au 31 janvier 1949,
l'Institut d'assurances sociales de Berlin (Versicherungsanstalt Berlin);
pour la période s'étendant du 1^{er} février 1949 au 31 mars 1952,
l'Institut d'assurances sociales de Berlin-Ouest (Versicherungsanstalt Berlin-West);
pour la période postérieure au 31 mars 1952:
— En ce qui concerne l'assurance-pension des ouvriers
l'Institut d'assurances sociales de Berlin (Landesversicherungsanstalt Berlin);
— En ce qui concerne l'assurance-pension des employés
pour la période s'étendant du 1^{er} avril 1952 au 31 janvier 1954
l'Institut d'assurances sociales de Berlin (Landesversicherungsanstalt Berlin);
pour la période postérieure au 31 janvier 1954,
l'Institut Fédéral d'assurances pour les employés (Bundesversicherungsanstalt für Angestellte);
— En ce qui concerne l'assurance-pension des mineurs
la Corporation Minière de la Ruhr (Ruhrknappschaft), Bureau de Berlin.

Article 3

Sont considérées au sens du paragraphe 1^{er}, alinéa B, b) et c) du Protocole général, comme périodes d'assurance accomplies à Berlin-Ouest:

- pour la période se terminant le 30 juin 1945,
les périodes d'assurance et les périodes assimilées accomplies sous le régime de l'assurance-pension des ouvriers (Invalidenversicherung), sous celui de l'assurance-pension des employés (Angestelltenversicherung) ou sous celui de l'assurance-pension des mineurs, sous la réserve que les assurés aient été occupés pendant ladite période à Berlin-Ouest ou qu'ils y aient résidé durant leur période d'affiliation à l'assurance volontaire;
- pour la période postérieure au 30 juin 1945,
les périodes d'assurance et les périodes assimilées accomplies auprès des organismes d'assurances sociales désignés à l'article 2, b), du présent accord au cours des périodes qui y sont indiquées.

Artikel 4

Die in Artikel 34 des Allgemeinen Abkommens genannten Fristen beginnen mit Ablauf des Monats, in dem das Berliner Anwendungsgesetz verkündet wird.

Artikel 5

Diese Vereinbarung soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

Die Vereinbarung tritt nach Austausch der Ratifikationsurkunden mit Wirkung vom 1. Januar 1952 in Kraft. Sie gilt unter denselben Voraussetzungen und für dieselbe Dauer wie das Allgemeine Abkommen.

GESCHEHEN zu Paris am 18. Juni 1955 in doppelter Ausfertigung in deutscher und französischer Sprache, wobei der Wortlaut in beiden Sprachen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland

gezeichnet:

Maltzan

Dr. Jantz

Für die Regierung
der Französischen Republik

gezeichnet:

J. Serres

Jacques Doublet

Article 4

Les délais prévus par l'article 34 de la Convention générale commencent à courir lors de l'expiration du mois au cours duquel la loi d'application à Berlin-Ouest aura été publiée.

Article 5

Le présent Accord sera ratifié et l'échange des instruments de ratification aura lieu à Bonn aussitôt que possible. Il entrera en vigueur dès l'échange des instruments de ratification, avec effet du 1^{er} janvier 1952.

Il s'appliquera dans les mêmes conditions et pour la même durée que la Convention générale.

FAIT à Paris, le 18 juin 1955, en double exemplaire, en français et en allemand, chacun des textes faisant foi.

Pour le Gouvernement
de la République Française

signé:

J. Serres

Jacques Doublet

Pour le Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne

signé:

Maltzan

Dr. Jantz

Briefwechsel

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Paris, den 18. Juni 1955

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, Ihnen folgendes vorzuschlagen:

1. Der deutsche Wortlaut des Artikels 17 c § 2 Nr. 3 des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 in der Fassung des Artikels 11 der „Zweiten Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen“ vom 18. Juni 1955 erhält folgende Fassung:
„3. Für die nach der französischen Gesetzgebung zu gewährenden Zulagen für den Ehegatten, dem Unterhalt gewährt wird, gelten die Renten nach der deutschen Gesetzgebung als Renten nach der französischen Gesetzgebung.“
2. Artikel 13 der Zweiten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 in der Fassung des Artikels 13

§ 4 der „Zweiten Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen“ vom 18. Juni 1955 erhält folgende Fassung:

„Artikel 13

Die in Frankreich beschäftigten und in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften Grenzgänger erhalten Familienbeihilfen auf Grund der in Artikel 2 § 1 Nr. 2 Buchstabe d) des Allgemeinen Abkommens bezeichneten Gesetzgebung nach einem zwischen den zuständigen Verwaltungsbehörden zu vereinbarenden Tarif.

Die in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten und in Frankreich wohnhaften Grenzgänger erhalten Kindergeld nach der in Artikel 2 § 1 Nr. 1 Buchstabe d) des Allgemeinen Abkommens bezeichneten Gesetzgebung.“

Ich wäre dankbar, wenn Sie hierzu Ihr Einverständnis erteilen würden.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Jantz

An den Vorsitzenden der französischen Delegation

Herrn Jacques Doublet

Directeur général de la Sécurité Sociale
au Ministère du Travail et de la Sécurité Sociale
Paris

(Übersetzung)

Le Président de la
Délégation française

Paris, le 18 juin 1955.

Der Vorsitzende
der französischen Delegation

Paris, den 18. Juni 1955

Monsieur le Président,

Par lettre en date du 18 juin 1955, vous avez bien voulu me proposer ce qui suit:

1. — Le texte allemand de l'article 17 c) paragraphe 2, 3°) de la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale dans la rédaction de l'article 11 de l'Avenant n° 2 à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale et aux Accords complémentaires nos 1, 2 et 4 à cette Convention, signé le 18 juin 1955 sera rédigé comme suit:

«3. — En matière de majoration pouvant être attribuée d'après la législation française, pour le conjoint à charge, les rentes de la législation allemande sont considérées comme les rentes de la législation française.»

2. — L'article 13 de l'Accord complémentaire n° 2 à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale dans la rédaction de l'article 13, paragraphe 4, de l'Avenant n° 2 à la Convention Générale du 10 juillet 1950 entre la France et la République Fédérale d'Allemagne sur la Sécurité Sociale et aux Accords complémentaires nos 1, 2 et 4 à cette Convention, signé le 18 juin 1955 sera rédigé comme suit:

«Article 13

Conformément à la législation visée par l'article 2 paragraphe 1, 1°, d) de la Convention Générale, les frontaliers travaillant en France et domiciliés dans la République Fédérale d'Allemagne ont droit aux allocations familiales sur la base d'un barème établi d'un commun accord entre les autorités administratives compétentes.

Les frontaliers travaillant dans la République Fédérale d'Allemagne et domiciliés en France obtiennent les allocations pour enfants d'après la législation visée par l'article 2, paragraphe 1, 2°) d) de la Convention Générale.»

J'ai l'honneur de vous faire connaître que je suis d'accord avec ces propositions.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de ma considération très distinguée.

Le Conseiller d'État
Directeur Général de la Sécurité Sociale
Jacques Doublet

Au Président de la Délégation allemande
le Docteur Kurt Jantz
Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit

Herr Vorsitzender,

Mit Schreiben vom 18. Juni 1955 haben Sie mir folgendes vorgeschlagen:

1. Der deutsche Wortlaut des Artikels 17 c § 2 Nr. 3 des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 in der Fassung des Artikels 11 der „Zweiten Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen“ vom 18. Juni 1955 erhält folgende Fassung:

„3. Für die nach der französischen Gesetzgebung zu gewährenden Zulagen für den Ehegatten, dem Unterhalt gewährt wird, gelten die Renten nach der deutschen Gesetzgebung als Renten nach der französischen Gesetzgebung.“

2. Artikel 13 der Zweiten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 in der Fassung des Artikels 13 § 4 der „Zweiten Vereinbarung zur Ergänzung des Allgemeinen Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sowie der Ersten, Zweiten und Vierten Zusatzvereinbarung zu diesem Abkommen“ vom 18. Juni 1955 erhält folgende Fassung:

„Artikel 13

Die in Frankreich beschäftigten und in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften Grenzgänger erhalten Familienbeihilfen auf Grund der in Artikel 2 § 1 Nr. 2 Buchstabe d) des Allgemeinen Abkommens bezeichneten Gesetzgebung nach einem zwischen den zuständigen Verwaltungsbehörden zu vereinbarenden Tarif.

Die in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten und in Frankreich wohnhaften Grenzgänger erhalten Kindergeld nach der in Artikel 2 § 1 Nr. 1 Buchstabe d) des Allgemeinen Abkommens bezeichneten Gesetzgebung.“

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich mit Ihren Vorschlägen einverstanden bin.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Le Conseiller d'État
Directeur Général de la Sécurité Sociale
Jacques Doublet

An den Vorsitzenden der deutschen Delegation
Herrn Dr. Kurt Jantz
Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit

Der Vorsitzende
der deutschen Delegation

Paris, den 18. Juni 1955

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

1. In Artikel 1 § 1 Nr. 1 der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sind im deutschen Wortlaut die Worte „soweit sie“ durch das Wort „die“ zu ersetzen.
2. In Artikel 3 § 1 Absatz 3 der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 ist im deutschen Wortlaut das Wort „Solange“ durch das Wort „Wenn“ zu ersetzen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie hierzu Ihr Einverständnis erteilen würden.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Jantz

An den Vorsitzenden der französischen Delegation
Herrn Jacques Doublet

Directeur général de la Sécurité Sociale
au Ministère du Travail et de la Sécurité Sociale
Paris

(Übersetzung)

Le Président de la
Délégation française

Paris, le 18 juin 1955

Der Vorsitzende
der französischen Delegation

Paris, den 18. Juni 1955

Monsieur le Président,

j'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre du 18 juin 1955, par laquelle vous avez bien voulu me faire connaître ce qui suit:

- «1^{er} Dans l'article 1^{er}, § 1, N° 1 de l'Accord complémentaire N° 4 à la Convention Générale sur la Sécurité Sociale du 10 juillet 1950, conclue entre la France et la République Fédérale d'Allemagne, les mots «soweit sie», figurant dans le texte allemand, sont à remplacer par le mot «die».
2. — Dans l'article 3, § 1^{er}, alinéa 3, de l'Accord complémentaire N° 4 à la Convention générale sur la Sécurité Sociale du 10 juillet 1950, le mot «Solange», figurant dans le texte allemand est à remplacer par le mot «Wenn».

Vous m'avez demandé de bien vouloir vous donner mon accord sur ces points.

J'ai l'honneur de vous faire part de mon accord avec votre proposition.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, l'expression de ma parfaite considération.

Jacques Doublet

Herr Vorsitzender,

Ich beehre mich, den Empfang des Briefes vom 18. Juni 1955 zu bestätigen, mit dem Sie mir folgendes mitgeteilt haben:

1. In Artikel 1 § 1 Nr. 1 der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 sind im deutschen Wortlaut die Worte „soweit sie“ durch das Wort „die“ zu ersetzen.
2. In Artikel 3 § 1 Absatz 3 der Vierten Zusatzvereinbarung zum Allgemeinen Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich über die Soziale Sicherheit vom 10. Juli 1950 ist im deutschen Wortlaut das Wort „Solange“ durch das Wort „Wenn“ zu ersetzen.

Sie haben mich gebeten, hierzu mein Einverständnis zu erteilen.

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich mit Ihren Vorschlägen einverstanden bin.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Jacques Doublet

À M. Le Président de la Délégation allemande
Dr. Kurt Jantz
Directeur au Ministère Fédéral du Travail

An den Vorsitzenden der deutschen Delegation
Herrn Dr. Kurt Jantz
Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit

**Neunzehnte Verordnung
über Zollltarifänderungen zur Durchführung des Gemeinsamen Marktes
der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.**

Vom 27. Dezember 1958.

Auf Grund des § 1 Abs. 1 des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Zollltarifs (Durchführung des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl) vom 24. November 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 728) in der Fassung des § 4 des Zollltarifgesetzes vom 23. Dezember 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 751) verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Der Deutsche Zollltarif 1959 (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 751) wird mit Wirkung vom 1. Januar 1959 wie folgt geändert:

1. Die Vorschrift 7 zu Kapitel 73 (Eisen und Stahl) erhält folgende Fassung:

7. Zolllkontingent der Tarifnr. 73.15.

Der ermäßigte Zolllsatz von 4% des Wertes für Waren aus legiertem Stahl mit einem Gehalt an Kohlenstoff von 0,90 bis 1,15 Gewichtshundertteilen, an Chrom von 0,50 bis 2 Gewichtshundertteilen, auch mit einem Gehalt an Molybdän von 0,50 Gewichtshundertteilen oder weniger (Wälzlagerstahl) der Tarifnr. 73.15-B-4-b-1 (Anmerkung), 2 (Anmerkung), 3-a und b (Anmerkung) und B-5-a (Anmerkung) gilt für eine Gesamtmenge von 3000 t je Kalenderhalbjahr.

Die Abfertigung ist nur bei den vom Bundesminister der Finanzen zu bestimmenden Zolllstellen zulässig.

2. In der Tarifnr. 73.01 (Roheisen usw.) erhält der Absatz A folgende Fassung:

A – Hämatitroheisen (einschließlich Stahlroheisen) und phosphorhaltiges Roheisen (einschließlich Ferrophosphor) (E6)	frei	3
--	------	---

3. In der Tarifnr. 73.08 (Warmbreitband usw.) treten folgende Änderungen ein:

- a) In den Absätzen A – 1 und A – 2 wird in der zweiten Zolllsatzspalte die Angabe „frei“ jeweils durch den Zolllsatz „5“ ersetzt.
b) Am Schluß der Tarifnummer wird folgende Anmerkung angefügt:

Anmerkung zu Tarifnr. 73.08-A-1 Warmbreitband in Rollen, nicht plattiert, mit einer Breite von weniger als 1,5 m, bis zu einer Gesamtmenge von 60 000 t in der Zeit vom 1. Januar 1959 bis 30. Juni 1959	—	3
Die Abfertigung ist nur bei den vom Bundesminister der Finanzen zu bestimmenden Zolllstellen zulässig.		

4. In der Tarifnr. 73.15 (Qualitätskohlenstoffstahl und legierte Stähle usw.) erhält in Absatz B-6-a-1 (Elektrobleche usw.) die Anmerkung zu Tarifnr. 73.15-B-6-a-1 folgende Fassung:

Anmerkung zu Tarifnr. 73.15-B-6-a-1 Elektrobleche mit einem Ummagnetisierungsverlust von 0,75 Watt oder weniger je kg, unabhängig von ihrer Dicke, bis zu einer Gesamtmenge von 3 500 t je Kalenderhalbjahr	—	frei
Die Abfertigung ist nur bei den vom Bundesminister der Finanzen zu bestimmenden Zolllstellen zulässig.		

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 2 des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Zollltarifs (Durchführung des Gemeinsamen Marktes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl) vom 24. November 1955 (Bundesgesetzbl. I S. 728) und § 5 des Zollltarifgesetzes vom 23. Dezember 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 751) auch im Land Berlin.

§ 3

Diese Verordnung gilt nicht im Saarland.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Bonn, den 27. Dezember 1958.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Verkehr
Seebohm

Für den Bundesminister der Finanzen
Der Bundesminister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes
Dr. Lindrath

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Übereinkommens Nr. 9 der Internationalen Arbeitsorganisation
über die Stellenvermittlung für Seeleute.**

Vom 13. November 1958.

Das von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genua am 10. Juli 1920 angenommene Übereinkommen Nr. 9 über die Stellenvermittlung für Seeleute (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 166) findet nach einer Erklärung der Regierung des Königreichs der Niederlande mit Wirkung vom 5. August 1957 auf die Niederländischen Antillen Anwendung.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 19. März 1957 (Bundesgesetzbl. 1957 II S. 203).

Bonn, den 13. November 1958.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
In Vertretung
Dr. Claussen